

SPD

Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 21. Juni 2018

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 04/2018

Mein mitbringer!

Wie Ihr sicherlich mitbekommen habt, gilt seit Ende Mai die neue Datenschutzgrundverordnung der EU. Diese bedeutet auch einige Veränderungen für unsere Abgeordnetenbüros, insbesondere auch für meinen Newsletter. Ab sofort werden wir einen neuen Verteiler für den Versand des Newsletters erstellen. Falls Ihr also zukünftig den Newsletter per Mail erhalten möchtet, schreibt bitte eine Mail an:

johann.saathoff.ma03@bundestag.de.

Ansonsten liegen nun die ersten 100 Tage der neuen Regierung hinter uns. Für diese Zeit haben wir uns viel vorgenommen, auch in der Energiepolitik.

Leider lief die Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner in den vergangenen Wochen nicht immer reibungslos. Die SPD bekennt sich ganz klar zur Energiewende und will die im Koalitionsvertrag vereinbarten Sonderausschreibungen für Windenergie und Photovoltaik schnellstmöglich umsetzen.

Die Union scheint derzeit allerdings eher mit internen Konflikten beschäftigt zu sein als damit, die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umzusetzen. Als Küstenkinder wissen wir aber, dass wir in Sachen Klimaschutz keine Zeit zu verlieren haben.

Viel Spaß beim Lesen!

Johann Saathoff

Fragestunde zum Marineschiffbau und zu TKMS

Die Entwicklungen bei TKMS bleiben weiter Thema im Bundestag. In den letzten Sitzungswochen habe ich immer wieder von der Fragestunde Gebrauch gemacht und bei der Bundesregierung nachgehakt, wie sie sich in der Sache verhalten wird.

Das Parlament hat sich da bereits eindeutig positioniert. Für uns Parlamentarier ist klar, dass Überwasserschiffbau als Schlüsseltechnologie einzuschätzen ist. Durch diese Einordnung hätte das leidige Vergabeverfahren für den Bau des Mehrzweckkampfschiffes (MKS) 180 verhindert werden können.

Bislang kamen vom Verteidigungsministerium allerdings nur wenig aussagekräftige Antworten. Ich bleibe aber natürlich dran. Der Kampf um die Arbeitsplätze geht weiter!



Verlängerung der BImSch-Pflicht um zwei Jahre ist ein wichtiges Signal an die Windkraft-Branche

In schwierigen Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner haben wir uns auf eine zweijährige Verlängerung der Bundesimmissionsschutzpflicht (BImSch-Pflicht) bei Bürgerenergieausschreibungen für Windkraftanlagen geeinigt.

Die Ausnahme der verpflichtenden BImSch-Genehmigung wurde ursprünglich eingeführt, um Bürgerenergiegesellschaften die Teilhabe im Ausschreibungssystem zu ermöglichen.

In der Vergangenheit gab es allerdings zahlreiche Umgehungstatbestände, sodass ein konstanter Windenergieausbau nicht mehr sichergestellt war. Ohne die Verlängerung hätte es wieder, wie im Jahr 2017, kurzfristig gegründete Bürgerenergiegesellschaften geben können, die die Ausschreibung dominieren. Das wollten wir unbedingt verhindern.

Mit dieser Regelung geben wir der Branche die notwendige Planungssicherheit. Wir wollen in den kommenden Jahren deutschlandweit deutlich mehr Windkraftanlagen bauen, dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen.



Gleiche Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Anfang Juni hat das Kabinett die Wiedereinführung der Parität bei den Krankenversicherungsbeiträgen beschlossen und so ein zentrales Wahlversprechen der SPD auf den Weg gebracht.

Damit sorgen wir dafür, dass Arbeitgeber wieder genauso viel zur gesetzlichen Krankenversicherung beitragen wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir entlasten damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner bei den Krankenversicherungsbeiträgen und schaffen so mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssystem. Das ist sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land.

■ **DAS HABEN WIR ERREICHT:** Den Zusatzbeitrag für die gesetzliche Krankenversicherung trugen bisher allein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das sind im Durchschnitt 1 Prozent des Bruttoeinkommens. Dieser Zusatzbeitrag wird künftig wieder zur Hälfte von Arbeitgeberseite getragen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet das eine Entlastung um 0,5 Prozent ihres Bruttoeinkommens.

Davon profitieren auch Rentnerinnen und Rentner, denn ihr Zusatzbeitrag wird zur Hälfte durch die Deutsche Rentenversicherung übernommen. Insgesamt werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner dadurch um rund sechs Milliarden Euro im Jahr entlastet. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Durchschnittseinkommen (ca. 3.000 €) sind das ca. 15 € netto pro Monat oder 180 € mehr im Jahr in der Tasche.

■ **DAS BEDEUTET:** Die Beiträge zur Krankenversicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner sinken. Künftige Kostensteigerungen gehen nicht mehr alleine zu Lasten der Versicherten, sondern werden wieder solidarisch von Arbeitgebern und Versicherten jeweils zur Hälfte getragen.

SPD-Küstengang diskutiert mit dem Wehrbeauftragten des Bundestages

In der jüngsten Sitzung der Küstengang haben die norddeutschen SPD-Abgeordneten mit dem Wehrbeauftragten des Bundestages Dr. Hans-Peter Bartels über die aktuelle Situation der Marine diskutiert.

Schwerpunkt der Diskussion waren Fragen der Ausstattung und Beschaffung. Der Wehrbeauftragte hat zunächst darauf hingewiesen, dass die materielle Einsatzbereitschaft der Marine am Limit sei. Es stünden nicht ausreichend Schiffe zur Verfügung und die vorhandenen sind deutlich in die Jahre gekommen. Als Lotse der Küstengang vertrete ich zusammen mit meinen norddeutschen Kolleginnen und Kollegen die Ansicht, dass die Marine vor enormen Herausforderungen steht. Um diesen begegnen zu können, müssen wir dringend die Beschaffungsverfahren der Bundeswehr beschleunigen. Entscheidend ist dabei, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Das muss sich in den Fragen der Beschaffung widerspiegeln.



Die Beschlüsse des Bundestages sind umzusetzen. Dazu gehört auch, dass der Überwasserschiffbau endlich als Schlüsseltechnologie definiert wird. Deutschland soll auch künftig Standort für den Marineschiffbau bleiben - und das entlang der gesamten Küste von der niederländischen bis zur polnischen Grenze.

„Was macht Ihnen eigentlich am meisten Freude in ihrem Beruf?“

Schülerinnen und Schüler der KGS Norderney diskutieren mit Johann Saathoff in Berlin



Die 26 Schülerinnen und Schüler der KGS Norderney haben zusammen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern bei ihrem Berlinbesuch im Juni den Deutschen Bundestag besucht und mit mir auf der Fraktionsebene des Reichstages gesprochen.

Ich beantwortete die Frage, was mir die größte Freude an meinem Beruf macht, mit dem ständigen Wechsel zwischen Ostfriesland und Berlin. Dadurch wird mein Lebensumfeld immer wieder neu gestaltet.

Ferner wurde ich nach meinen politischen Zielen gefragt. Für mich steht dabei eine schnelle, bezahlbare und reibungslose Umsetzung der Energiewende an erster Stelle, damit spätere Generationen nicht mit den Kosten und negativen Folgen belastet werden.

Am Ende des Besuches verabschiedete ich die Gruppe dann auf dem Dach des Reichstagsgebäudes - natürlich nach einem gemeinsamen Foto vor der Kuppel.

Schülerinnen und Schüler der KGS Wiesmoor zu Gast im Deutschen Bundestag



Die zwei 9. Hauptschulklassen der KGS Wiesmoor haben auf ihrer Berlinfahrt ein Gespräch mit mir im Deutschen Bundestag geführt.

Ich diskutierte mit den Schülerinnen und Schülern im Fraktionssaal der SPD im Reichstagsgebäude. Es wurde unter anderem über die Glaubwürdigkeit von provokanten Statements von anderen Parteien und wie ich damit umgehe gesprochen. Ferner wollten die Schülerinnen und Schülern von mir wissen, ob es für neue

Abgeordnete eigentlich eine Art Schulung gibt, wenn sie neu in das Parlament kommen. Ich führte aus, dass es das leider nicht gibt und schilderte, wie aufregend ich es empfunden hatte, als ich – ohne jegliche „Generalprobe“ – meine erste Rede im Deutschen Bundestag gehalten habe. Am Schluss gab es dann noch das obligatorische gemeinsame Gruppenfoto auf dem Dach des Reichstagsgebäudes.

Praktikumsbericht von Gabriel Rodehüser aus Dinslaken

Ich konnte durch mein einwöchiges Praktikum im Berliner Büro von Johann Saathoff einen Einblick in die Strukturen und Arbeitsabläufe des Bundestages bekommen.

In dieser Zeit habe ich etliche spannende Einblicke in die Arbeit des Bundestagsabgeordneten Johann Saathoff und seinen Mitarbeiter/-innen erhalten - ich durfte zum Beispiel an den Sitzungen der Arbeitsgruppen Wirtschaft und Energie sowie Ernährung und Landwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion teilnehmen. Des Weiteren hatte ich die Möglichkeit, bei einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie dabei zu sein, in der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sich Fragen der Abgeordneten gestellt hat. Ich habe verschiedene spannende Debatten von der Besuchertribüne des Plenarsaals im Reichstagsgebäude aus verfolgen können. Darüber hinaus habe ich eine interessante Führung durch das Willy-Brandt-Haus miterleben dürfen und ich konnte die Parlaments-Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege“ des Deutschen Bundestages im Deutschen Dom besuchen.



Abschließend möchte ich mich nochmals bei Johann und seinem super netten Team für die schönen und lehrreichen Tage bedanken und kann nur jedem ein Praktikum bei einem Abgeordneten des Deutschen Bundestages empfehlen.

Schülerinnen und Schüler der HRS Hinte zu Besuch im Deutschen Bundestag



Rund 50 Schülerinnen und Schüler der HRS Hinte mit ihren Lehrerinnen und Lehrern haben auf meine Einladung hin den Deutschen Bundestag besucht. Sie hatten zunächst die Gelegenheit, an einer Plenardebatte auf der Besuchertribüne des Plenarsaals teilzunehmen. Dabei konnten sie meine Rede zur Handelspolitik live mitverfolgen. Die Debatte wurde nach diesem Tagesordnungspunkt dann aufgrund des drohenden Zerwürfnisses

zwischen der CDU und der CSU in der aktuellen Flüchtlingsdebatte unterbrochen, um den Mitgliedern der einzelnen Fraktionen die Möglichkeit für Fraktionssitzungen zu geben. Ein einmaliges Erlebnis für die Besucher auf der Tribüne.

Anschließend sprach ich mit den Schülerinnen und Schülern über meine Arbeit als Abgeordneter in Berlin.

Spannende Einblicke von morgens bis abends! Praktikumsbericht von Thilo Strüfing aus Aurich

Vom 04.06.2018 bis zum 08.06.2018 hatte ich die tolle Möglichkeit, in Berlin eine Woche lang ein Praktikum im Bundestag zu erleben.

Da ich im August mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm in die USA reise und Johann für diese Zeit mein Patenabgeordneter ist, wollte ich besonders diese Zeit nutzen, um seine Arbeit und die seines Teams kennenzulernen.

Auf dem Programm standen unter anderem die Arbeit in den Ausschüssen sowie Arbeitsgruppen zu den Themen "Wirtschaft & Energie" und "Ernährung & Landwirtschaft". In der Woche lag der thematische Fokus auf der Erneuerung des EEG, in dessen Verhandlungen das Team intensiv eingespannt war.

Neben dem "Dabeisein" bei diesen spannenden Aspekten hatte sich die SPD-Fraktion zudem wieder ein Praktikanten-Programm überlegt. Hier konnte ich mich mit vielen anderen Praktikanten zu Themen wie "Digitalisierung der Häfen" und "Jugend- und Familienpolitik in der GroKo" austauschen und diskutieren.

Zudem habe ich mich besonders über das politische Abendprogramm gefreut, welches das Team für die Woche organisiert hatte.

Einen ausführlichen Praktikumsbericht befindet sich unter [//35ppp.de/thilo/](https://35ppp.de/thilo/).

Für alle Schüler und junge Berufstätige: Die Bewerbungsfrist für das 36. PPP läuft bereits!



Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen gut aufgestellt Zu Gast bei Auricher Bundesbehörde

Zum jährlichen Gesprächsaustausch habe ich mich mit Vertretern der Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen (BAV) in Aurich getroffen. Die Begrüßung erfolgte durch den Behördenleiter Klaus Frerichs in der "Außenstelle" der BAV in der Skagerrakstraße.

Anlass des Gesprächs war das jährliche Austauschtreffen von Vertretern der Bundesbehörde mit mir als ihren Bundestagsabgeordneten über verschiedene Projekte sowie die Vorstellung der neuesten Aktivitäten.

Ich war beeindruckt vom weiteren Ausbau der Dienstleistungen innerhalb der Behörde. Besonders interessant war für mich vor allem die Bearbeitung von Fördermittelanträgen aus dem Bereich Energiepolitik, da ich bekanntermaßen in Berlin die Energiepolitik für die SPD-Fraktion koordiniere.

Hier ist die BAV als Bewilligungsbehörde in vielen Bereichen tätig: Zum Beispiel bei der Förderung der Ladesäuleninfrastruktur für Elektrofahrzeuge, bei der Aus- und Umrüstung von Seeschiffen zur Nutzung von verflüssigtem Erdgas (LNG), als Schiffskraftstoff sowie bei der Nachrüstung von Diesel-Bussen aus dem Regierungsprogramm „Saubere Luft“.

Am Ende des Gesprächs habe ich mich bei den Teilnehmern und Klaus Frerichs für den informativen Austausch bedankt und abschließend festgestellt, dass die Behörde nach wie vor auf dem richtigen Weg ist.

Durch die neuen Aufgaben im Bereich der Abwicklung von Förderprogrammen des Bundes ergeben sich gute Möglichkeiten für den weiteren Ausbau der Behörde.



Die Teilnehmer des Gesprächs vor einer Ladesäule für Elektrofahrzeuge (v.l.): Klaus Dettbarn, Referatsleiter „Zuwendungen, Billigkeitsleistungen“ (Förderprogramme), Torsten Müller, Leiter der Abteilung I, Klaus Frerichs, Direktor der BAV, Johann Saathoff, MdB, Thorsten Hinrichs, Abteilungsleiter II (zuständig für die Förderprogramme) sowie Frank Hentschel, Abteilungsleiter Z (Zentrale Dienste)

Ein Jahr in Deutschland

Austauschschüler aus den USA im Gespräch mit Johann Saathoff

Nicht nur der Deutsche Bundestag entsendet jedes Jahr Schülerinnen und Schüler in die USA - auch der amerikanische Kongress entsendet junge Menschen aus den USA für ein Jahr nach Deutschland.

Mit den beiden amerikanischen Austauschschülerinnen Carolina Wasinger und Kathryn Obenshain, die zurzeit in Ostfriesland sind, habe ich mich zu einer Tasse Tee getroffen. Ich habe mit Ihnen darüber gesprochen, wie die beiden ihren Deutschlandaufenthalt, der sich langsam dem Ende neigt, verbracht haben. Beeindruckt hat mich, wie perfekt die beiden nach einem Jahr in Deutschland die Sprache beherrschen. Carolina Wasinger verbrachte ihr Jahr in Aurich und ging dort am Ulricianum Aurich zur Schule. Kathryn Obenshain war in Norden bei einer Familie untergebracht und besuchte das Norder Ulrichsgymnasium.

Trotz der unterschiedlichen Schulen haben beide Freundschaft geschlossen und viel Zeit miteinander verbracht. Auf meine Frage, was sie vermissen würden, wenn sie wieder zu Hause in den USA wären, war die Antwort:



„Fahrradfahren und Teetrinken“. Somit hat die ostfriesische Integration hervorragend geklappt! Ich habe den beiden eine gute Heimreise sowie alles Gute für die Zukunft gewünscht. Wer auch einmal Gastfamilie für ein Jahr sein möchte, der kann sich für mehr Informationen gerne an mein Wahlkreisbüro in Norden wenden.

Gespräch über die aktuelle Situation der Hebammen

Auf Einladung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Aurich, Birgit Ehring-Timm, habe ich mich zusammen mit meinem Landtagskollegen Wiard Siebels mit einigen Hebammen zum Austausch über die aktuelle Situation der Hebammen in Ostfriesland getroffen.

Wir wollten uns über die aktuellen Probleme nicht nur informieren, sondern auch dort helfen, wo es möglich ist. Mit der Idee einer Hebammenzentrale ist man auf einem guten Weg und auch die Kreispolitik unterstützt das Vorhaben. Ein weiteres sehr wichtiges Thema war die Ausbildung der zukünftigen Hebammen. Es gibt sehr viele Bewerberinnen und Bewerber für eine Ausbildung zur Hebamme - aber leider nicht genügend Plätze. Darüber hinaus gibt es wenige bis gar keine Möglichkeiten für die Ausbildung im ostfriesischen Raum. Aktuell ist es aber wichtig, so die Gastgeberinnen, die neue EU-Richtlinie zur Ausbildung umzusetzen.

Ich habe zugesagt, dass ich mich mit einem Brief an den zuständigen Gesundheitsminister Jens Spahn wenden werde. Wiard Siebels wird sich ebenfalls mit der auf Landesebene zuständigen Ministerin zu diesem Thema in Verbindung setzen.



Im Dialog mit den Landwirten

Zu einem Gesprächsaustausch mit den Kreisvorsitzenden des Landwirtschaftlichen Hauptvereins habe ich mich zusammen mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Wiard Siebels im Landvolkhaus in Aurich getroffen.

Wir beide sind mit der Landwirtschaftspolitik eng vertraut und damit gute Ansprechpartner für die ostfriesischen Landwirte. Ich bin Mitglied des Landwirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag, Wiard Siebels war vor seiner Tätigkeit als Parlamentarischer Geschäftsführer Sprecher für Landwirtschaft in seiner Fraktion im Landtag in Hannover. Begrüßt wurden wir von Sigfried Tannen, dem neuem Präsidenten des Ostfriesischen Landvolks, dem Kreisvorsitzenden Karl Noosten (KV Emden), Klaus Borde (KV Leer) und Günter Lüken (KV Wittmund).

In dem rund zweistündigen Gespräch ging es um aktuelle Themen in der Landwirtschaft: Wie Weidemilch, Umgang mit dem Wolf, Deichvorlandbau sowie den Milchpreis. Ich habe außerdem ein für mich sehr wichtiges Thema angesprochen: In der Bundespolitik gibt es derzeit ein Umdenken in Bezug auf den ländlichen Raum. Weg von der Politik für die Metropolen und hin zu einer Politik für die Stärkung des ländlichen Raums.

Dieses betrifft nicht nur die Landwirtschaft, sondern viele Bereiche wie den Ausbau der Infrastruktur, z.B. beim Ausbau der Internetanbindung, aber auch bei der Ärzterversorgung. Mein Kollege Siebels und ich begrüßten ausdrücklich den guten Dialog mit den Landwirten in unserem Wahlkreis. Bei aktuellen Themen ist man immer kurzfristig im Gespräch. Aber darüber hinaus ist es immer wichtig, sich regelmäßig zum Austausch zu treffen - und das wollen wir gerne so beibehalten.



Hoffnung für die Zukunft der Krabbenfischer

Zu einem Gesprächsaustausch mit den Krabbenfishern und Vertretern der Kommune hatte ich die Landesministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Birgit Honé, in die Krummhörn eingeladen.

Mit dabei waren auch MdL Matthias Arends und Bürgermeister Frank Baumann. Hintergrund des Gesprächs war das drohende Rückwurfverbot in der Krabbenfischerei. Sollte die EU-Kommission damit ernstmachen, dürften die Fischer den Beifang nicht mehr wie üblich zurück ins Meer werfen, sondern müssten diesen sortieren und mit an Land bringen, was für die Fischer ein enorm hoher Arbeitsaufwand bedeuten würde.

Die Fischer betonten, dass ihre Netze bereits selektiv seien und die zurückgeworfenen Beifänge hohe Überlebensraten haben und ein Rückwurfverbot der Umwelt deshalb eher schaden würde.

Alle Beteiligten waren sich der hohen Bedeutung der Fischerei und der Standorte der Krabbenkutter auch aus touristischer Sicht sehr bewusst und sagten deshalb ihre Unterstützung zu.

Resultierend aus diesem Vor-Ort-Gespräch führte Ministerin Honé anschließend gemeinsam mit Vertretern der Krabbenfischer Gespräche bei der Europäischen Kommission in Brüssel, um über eine Lösung des Problems eines Rückwurfverbotes in der Krabbenfischerei zu verhandeln.

Die Delegation bestand neben der Ministerin aus Vertreterinnen und Vertretern der Krabbenfischer und der Landwirtschaftskammer sowie der SPD-Europaabgeordneten Ulrike Rodust.

Die Krabbenfischer argumentierten, dass die Rückwürfe in der Krabbenfischerei eine hohe Überlebensrate haben und es darüber hinaus auf den kleinen Fahrzeugen unmöglich ist, die Beifänge zu sortieren und aufzubewahren. Die Kommission zeigte Verständnis für das Anliegen der Fischer. Sie zeigte sich für eine pragmatische Lösung offen, wenn die Fischer belegen, dass die Umsetzung des Rückwurfverbots für sie einen außergewöhnlichen Aufwand bedeutet. Die Arbeiten zur Umsetzung einer Kompromisslösung wurden bereits begonnen.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir die Angelegenheit werden lösen können. Wer die Krabbenfischerei kennt, weiß, dass ein Rückwurfverbot hier einfach keinen Sinn macht. Ich bedanke mich bei Ministerin Honé, dass sie so schnell nach unserem Termin in Pewsum einen Termin in Brüssel organisiert hat. Durch entschlossenes Handeln auf den Ebenen Land, Bund und Europa können wir hier eine Lösung finden.



Die Landesministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Birgit Honé bei ihrem Besuch in der Krummhörn mit Krabbenfischer Dirk Sander, Johann Saathoff, MdB, Bürgermeister Frank Baumann sowie Matthias Ahrends, MdL (v.l.)

AWO Beach Camp im Theaterhafen Oldenburg Podiumsdiskussion up Platt

An einem Sonnabend Anfang Juni fand in Oldenburg das „AWO Beach Camp“ im Theaterhafen des Staatstheaters in Oldenburg statt.

Der Tag bot viele Informationen zur AWO und Unterhaltung unter dem Motto „Sprache und Vielfalt verbinden“. Der Stargast des Nachmittags war Keno Veit (mit Trecker - siehe Foto r.).

Mit ihm zusammen durfte ich eine Podiumsdiskussion über die Vielfalt von Sprache und insbesondere über das Plattdeutsche - natürlich auf Platt und mit viel Humor und Wortwitz- führen.

Anschließend haben „De swatten Ostfrees Jung“ und ich noch einen Rundgang über das Gelände gemacht und unter anderem mit den Besucherinnen und Besuchern gesprochen, Fotos gemacht und über die ausgestellten Landmaschinen und Trecker „gefachsimpelt“.

Wer nachhören möchte, wie sich das dann anhört, hier ein kleiner Ausschnitt:

www.youtube.com



Neue Chancen durch Flüssigerdgas

Auf Einladung meiner Kollegin Siemtje Möller habe ich an einer „Fraktion vor Ort“ in Wilhelmshaven teilgenommen und mit Fachleuten über die Zukunft von Flüssigerdgas in der maritimen Branche diskutiert.

Um die Klimaziele, die auf der Pariser Klimakonferenz vereinbart wurden, zu erreichen, muss auch die maritime Branche einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Flüssigerdgas bzw. LNG kann dabei helfen, die Schifffahrt sauberer zu machen. Im Koalitionsvertrag haben wir uns aus diesem Grund auch darauf verständigt, in die notwendige LNG-Infrastruktur zu investieren.

Ich bin davon überzeugt, dass Wilhelmshaven als einziger deutscher Tiefwasserhafen der ideale Standort für ein LNG-Importterminal ist. Diese Ansicht teilten auch die übrigen Diskussionsteilnehmer. In der Landesgruppe Niedersachsen und Bremen der SPD-Bundestagsfraktion haben wir kürzlich ein entsprechendes Positionspapier verabschiedet.

Nun kommt es darauf an, dass es ein klares Bekenntnis aus der Region zu dem Projekt gibt und die Bundesregierung den Vereinbarungen der Koalitionspartner Taten folgen lässt.



v.l.: Katja Baumann (Mariko Leer), Siemtje Möller und Johann Saathoff (beide MdB) sowie John H. Niemann (Präsident der Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung e.V.)

Meldungen aus meinem Betreuungswahlkreis im Landkreis Leer

Gespräch mit Vertretern der Gemeinde Westoverledingen

Vor allem die Themen Friesenbrücke, Tidepolder Coldemüntje, Bahnhaltepunkt Ihrhove und Kindertagesstätten bestimmten ein Gespräch, das ich vor Ort mit dem Verwaltungsausschuss der Gemeinde Westoverledingen unter Leitung von Bürgermeister Theo Douwes geführt habe.

Ich kann nachvollziehen, dass die Einwohner die Verzögerungen bei der Friesenbrücke nicht mehr verstehen, halte aber grundsätzlich einen Neubau für richtig: Denn das ist in die Zukunft gerichtet. Ich kann nur versprechen, dass der Bau der Friesenbrücke nicht an den Bundesmitteln scheitert.

Mit Einwendungen im kommenden Planfeststellungsverfahren muss man meiner Ansicht nach allerdings rechnen, so dass ich keine Hoffnungen auf eine frühere Fertigstellung machen konnte.

Beim Thema Coldemüntje habe ich die Gemeinde darin bestätigt, eine Lösung mit der Deichacht und den Landwirten zu finden, wenn der Bodenaushub für den Bau des Polders deichbaufähig ist. Dann würden sich die Lastwagen-Transporte, die die Gemeinde befürchtet, größtenteils erübrigen.

Ich war beeindruckt davon, dass es der Gemeinde gelungen ist, Familien anzulocken, was sich unter anderem in der steigenden Einwohnerzahl und der hohen Geburtenrate zeigte.

Bürgermeister Theo Douwes bat mich um Unterstützung beim Bahnhaltepunkt Ihrhove. Douwes macht klar, dass die Gemeinde dringend die politische Unterstützung dafür braucht, dass auch die Westfalenbahn in Ihrhove hält.



Gruppenbild im Ihrhover Rathaus
Bürgermeister Theo Douwes, Johann Saathoff, MdB,
und Gabriele Ostholthoff (vorne, v.l.).
Mitte: Detlef Hermann, Dennis Hillmer, Hedwig Pruin,
hinten: Heinz Wiemers, Rolf Hüser, Gerhard Wiechers
sowie Andreas Klaasen

Zu Gast in Moormerland - Gespräch mit Bürgermeisterin Bettina Stöhr

Die Planung der Gemeinde Moormerland, in Oldersum und Veenhusen Ganztagschulen einzurichten, war eins der Themen, die bei meinem Gespräch mit der Bürgermeisterin Bettina Stöhr zur Sprache kam.

Ich habe meine Unterstützung für die beiden Projekte angeboten. Weitere Themen waren die Verkehrssituation am Knotenpunkt Königstraße/Landesstraße 14, die Ärzteversorgung in der Gemeinde und die umstrittenen Regelungen zur Mahd von Wieken.

Am Ende waren wir uns darüber einig, bei den angesprochenen Themen in engem Austausch zu bleiben.



Mein Team und ich wünschen viel Spaß und aufregende, faire Spiele bei der Fußball-WM 2018!



Foto: Andreas Amann

Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB
Burggraben 46, 26506 Norden
Tel: 04931 - 4417
Fax: 04931- 930 16 73
johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 - 73 155
Fax: 030 - 227 - 70 155
johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155
johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Wiebke Doesken, Gabriel Rodehüser, Heiner Schröder, Torsten Stein, Thilo Strüfing, Kornelia Urban und Sabine Zimmermann